

Kohnert, Dirk

**Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)**

**Togo - 1994**

*Suggested Citation:* Kohnert, Dirk (1995) : Togo - 1994, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1994: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 165-169

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301687>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Togo - 1994

**Fläche:** 56 785 km<sup>2</sup>, **Einwohner:** 4,0 Mio., **Hauptstadt:** Lomé, **Amtssprache:** Französisch, **Alphabetisierungsquote:** 45,5%, **Wechselkurs:** \$ 1 = 555, **HDI** 0,311, **Rang** 24, **Pro-Kopf-Einkommen:** 410\$ , **BSP:** 1,3 Mrd. \$ , **Anteil am BIP:** 36%, 21%, 43%, **Hauptexportprodukte:** Phosphat 51%, Baumwolle 30%, Kaffee u. Kakao je 9%; **Staatschef:** General Gnassingbé Eyadéma, **Ministerpräsident:** Edem Kodjo (ab 23.4.), **Regierungskoalition:** Rassemblement du Peuple Togolais (RPT, ehemalige Einheitspartei) und Union Togolaise pour la Démocratie (UTD); **Oppositionsparteien:** Comité d'Action pour le Renouveau (CAR), Union des Forces du Changement (UFC; ca. 20 Parteien, Koalition der radikalen Opposition), Groupe des Socio-Démocrates Panafricaines (GSP), bestehend aus der Convention des Peuples Africaines (CDPA), Parti des Démocrates pour le Renouveau (PDR), Parti Socialiste Panafricaine (PSP).

Unter der formal-demokratischen Fassade der Legitimation durch die Parlamentswahlen setzte die togoische Regierung mit einer neuen Mannschaft unter Führung des Ministerpräsidenten Edem Kodjo ihre menschenrechtsverachtende Politik fort. Das Eyadéma-Regime war auch zum Jahresende noch weit von der Verwirklichung eines Rechtsstaates entfernt, wurde aber gleichwohl aus opportunistischen Gründen von "alten Freunden" im Ausland (besonders in Frankreich) unterstützt. Die seit drei Jahren andauernde politische Krise beeinträchtigte auch die Wirtschaftsentwicklung.

### *Innenpolitik*

Die Menschenrechtsverletzungen des Eyadéma-Regimes setzten sich zu Beginn des Jahres mit Bombenanschlägen und Verfolgung von Oppositionellen weiter fort. Am Abend des 5.1. wurden - ähnlich wie bereits im März 1993 - die Kasernen des Régiment Interarmes in Lomé-Tokoin (Residenz Eyadémas) und Lomé-Adidogome sowie der gepanzerte Dienstwagen Eyadémas von Unbekannten angegriffen. Für diesen Angriff übernahm zwar keiner die Verantwortung, die Regierung beschuldigte aber die radikale togoische Exil-Opposition in Ghana - angeführt von Gilchrist Olympio -, einen weiteren Putsch versucht zu haben. Nach offiziellen Regierungsangaben starben bei den folgenden Kämpfen um die Kaserne 67 Menschen, darunter 51 "Terroristen", 5 Zivilisten und 11 Angehörige der Sicherheitskräfte. Berichte aus unabhängigen Quellen deuteten allerdings darauf hin, daß ein vom Ausland gesteuerter Umsturzversuch (falls es ihn überhaupt gegeben hat) - ähnlich wie bereits beim "Putschversuch" vom 25.3.93 - allenfalls der äußere Anlaß für armeeinterne Fraktionskämpfe (u.a. zwischen dem neuen Stabschef der togoischen Armee, General Bassabi Bonjoh, und Eyadéma) und wahrscheinlich eher für eine Aktion Eyadéma-freundlicher Kräfte war, um Opponenten innerhalb und außerhalb des Militärs auszuschalten. Gemäß Berichten verschiedener Menschenrechtsorganisationen fanden im Anschluß an die Vorfälle vom 5.1. summarische extra-legale Exekutionen von mindestens 48 Soldaten und Zivilisten in den Kasernen und in den Straßen von Lomé statt (6.-8.1.); unter den Opfern befanden sich auch zwölf Soldaten, die bereits seit dem "Putschversuch" vom März 1993 inhaftiert waren. Die Kämpfe in und um Lomé dauerten mehrere Tage an; sie verschärften den schon lange

schwelenden Konflikt mit Ghana, weil togoische Soldaten den Grenzposten von Aflao (am Stadtrand von Lomé) bombardierten und mindestens zwölf Ghanaer erschossen. Nach Augenzeugenberichten waren die Opfer dieser extra-legalen Hinrichtungen willkürlich aufgegriffene ghanaische Schuhputzer oder Kleinhändler, die auf der togoischen Seite der Grenze gewohnheitsmäßig ihren Geschäften nachgehen wollten. Grenznahe togoische Flüchtlingslager in Ghana lagen ebenfalls unter Beschuß, so daß die dort befindlichen ca. 500 Flüchtlinge um ihr Leben rennen mußten. Als einer der Hauptverantwortlichen dieser staatlich sanktionierten Massaker galt der Kommandant der Präsidialgarde, Narcisse Djoua. Die nachfolgenden "ethnischen Säuberungen" in der Armee lösten eine weitere Fluchtwelle von ca. 300 Soldaten in die benachbarten Staaten Ghana und Benin aus.

Die mehrmals verschobenen Parlamentswahlen fanden in zwei Wahlgängen am 6. und 20.2. statt; sie wurden von radikaleren Oppositionsparteien (u.a. UFC, CDPA, PDU, UDS) boykottiert, insbesondere wegen der massiven Wahlfälschungen bei den Präsidentschaftswahlen vom 25.8.93, und wegen der prekären Sicherheitsbedingungen in Togo, die immer noch nicht die Rückkehr der ca. 300 000 Flüchtlinge aus Benin und Ghana zur Teilnahme an den Wahlen erlaubten. Auch der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen wurde überschattet durch staatlich sanktionierten Terror: So explodierte eine Bombe im Haus des UTD-Politikers Sefald Afantchawo, und am 14.2. entdeckte man die verbrannten Leichen von drei vorher entführten und augenscheinlich gefolterten Oppositionsmitgliedern der CAR in einem ausgebrannten Auto. Einer von ihnen, Gaston Aziaduvo Edeh, war frisch gewählter Parlamentsabgeordneter, der gerade erst aus dem politischen Exil in Benin zurückgekehrt war, um an den Wahlen teilnehmen zu können; er hatte bereits in der ersten Wahlrunde (6.2.) ein Mandat für die CAR gewonnen.

Auch durch gerichtliche Verfolgung Andersdenkender versuchte die Regierung, die Opposition bereits im Vorfeld der Wahlen mundtot zu machen. Augenscheinlich waren diese Einschüchterungsversuche z.B. bei der Knebelung der Presse. So wurde im Vorfeld des Parlaments-Wahlkampfes am 2.12.93 der Direktor der Wochenzeitung *Le Lettre de Tchaoudjo* wegen "Beleidigung des Staatschefs" zu einer einjährigen Gefängnisstrafe und Geldstrafe verurteilt, weil seine Zeitung den Staatschef vor dem Hintergrund der umstrittenen Präsidentschaftswahlen von 1993 als "illegalen Präsidenten" bezeichnet und den Verteidigungsminister Bouraïma der Verwicklung in die Ermordung von 22 Oppositionellen im Gefängnis von Blitta einen Tag nach den Präsidentschaftswahlen bezichtigt hatte. Der Direktor der Wochenzeitung *La Tribune des Démocrates*, Martin Gbenouga, wurde im Mai ebenfalls für mehrere Monate inhaftiert. Am 3.9. wurden drei Journalisten und der Direktor der Wochenzeitung *La Sentinelle* wegen Verbreitung von Falschmeldungen und Beleidigung des Staatschefs zu fünf Jahren Gefängnis plus Geldstrafe verurteilt. Die Beschuldigten wurden in Abwesenheit verurteilt; sie waren außer Landes geflohen. Die Zeitung erhielt für sechs Monate Veröffentlichungsverbot. In dem beanstandeten Artikel hatte der Autor kritisiert, daß Eyadéma einen gepanzerten Mercedes aus öffentlichen Mitteln auch für private Nutzung angeschafft habe, was aber die bewaffnete Opposition nicht von weiteren Attentaten abhalten würde. Mindestens vier oppositionelle Wochen- oder Monats-Zeitungen, *La Sentinelle*, *Courier du Golfe*, *La Parole*, *Le Débat*, stellten ihr Erscheinen (vorübergehend) wegen politischer Verfolgung von Journalisten oder Herausgebern ein. Die mit dem Prozeß der demokratischen Erneuerung ab 1991 zunächst aufblühende Presselandschaft brach unter dem kombinierten politischen und wirtschaftlichen Druck wieder zusammen: bis September mußten insgesamt 42 Wochen- und Monatszeitungen ihr Erscheinen wieder einstellen.

Die offiziellen Wahlergebnisse wurden am 14.3. verkündet. Die oppositionelle CAR unter Führung Yao Agboyibos war mit 36 von insgesamt 81 Sitzen im Parlament die stärkste Partei, gefolgt

von der RPT Eyadémas mit 35 Sitzen und der UTD Edem Kodjos mit sieben Sitzen; zwei Mandate gingen an die mit der RPT alliierte Union pour la justice et la démocratie (UJD). Von der Partei des bisherigen Ministerpräsidenten, J. Koffigoh, der Confédération des forces nouvelles (CFN), hatten sich die Wähler enttäuscht abgewandt. Koffigoh galt nur noch als Marionette in den Händen Eyadémas; die CFN landete weit abgeschlagen mit nur einem Mandat im Parlament. Den Wahlverlauf im engeren Sinne bewerteten internationale Beobachter als weitgehend fair und frei. Die Opposition hatte trotz der o.g. Behinderungen zum ersten Mal mit insgesamt 43 Sitzen die absolute Mehrheit im Parlament errungen. Letzteres war um so bemerkenswerter, als die Opposition aus leidvoller Erfahrung mit politischer Verfolgung während des Präsidentschaftswahlkampfes und danach (s. u.a. Mordanschlag auf G. Olympio und seine Wahlmannschaft im Mai 1992 sowie auf drei CAR-Mitglieder am 14.2. s.o.) im zweiten Wahlgang in einigen Wahlkreisen aus Sicherheitsgründen nicht mehr antrat. Dadurch akzentuierten sich bereits vorhandene Tendenzen zur regionalistischen Spaltung der Wählerschaft. Im Norden des Landes gewann die RPT Eyadémas 33 der 38 Parlamentssitze; in Lomé dagegen keinen einzigen der fünf Sitze.

Die RPT beschwerte sich trotzdem über angeblich massive Wahlfälschungen der Opposition; sie beantragte die Annullierung der Wahl in sieben Wahlbezirken. Der angerufene Oberste Gerichtshof, der noch mit den durch das alte Eyadéma-Regime berufenen Richtern besetzt war, annullierte Ende März unter fadenscheinigen Vorwänden die Wahlergebnisse in drei Wahlbezirken, die die Opposition (zwei Abgeordnete der CAR, ein Abgeordneter der UTD) gewonnen hatte. Damit schmolz die Mehrheit der Oppositionskoalition auf nur zwei Stimmen (40 von 78 Sitzen) zusammen, und die RPT wurde zur stärksten Partei. CAR sowie UTD protestierten gegen diesen Gerichtsentscheid und beschlossen, die Parlamentsarbeit bis zur Nachwahl in den drei umstrittenen Wahlbezirken Oti I, Wawa I und Haho II zu boykottieren, verfolgten aber weiterhin zielstrebig die Regierungsbildung. Die weitaus größte Partei der Oppositionskoalition, die CAR, benannte gemäß den Koalitionsabsprachen ihren Führer Agboyibo als Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. Dessen Ernennung lehnte Eyadéma jedoch entgegen etablierten parlamentarischen Spielregeln in Togo ab. Mit dem Angebot an den Juniorpartner der CAR, die UTD, den Ministerpräsidenten zu stellen, gelang es Eyadéma, die gemäßigte Opposition zu spalten. Edem Kodjo, Führer der UTD, schwenkte unter Bruch des Koalitionsabkommens zwischen CAR und UTD in das Lager Eyadémas über; er löste Koffigoh am 23.5. ab und bildete als neu ernannter Ministerpräsident am 25.5. seine neue Regierung: in dem 20 köpfigen Kabinet gingen allerdings nur vier Ministersessel an die UTD, die zudem nur eines der bedeutenderen Ministerien (Wirtschaft und Finanzen) besetzen konnte. Alle machtpolitisch wichtigen Ministersessel (Verteidigung, Außen-, Innenministerium und der Staatssekretär für Sicherheitsfragen) verblieben in der Hand der Gefolgsleute der RPT bzw. Eyadémas. Kodjo, einer der Mitbegründer der ehemaligen Einheitspartei RPT, der später wegen Differenzen mit Eyadéma von dieser Partei abgefallen war, verlor somit - ähnlich wie bereits sein Vorgänger Koffigoh - seine Unabhängigkeit. Die mehrmals verschobenen Nachwahlen wurden schließlich per Dekret vom 12.10. für den 27.11. und 11.12. angesetzt, aber im letzten Augenblick wieder auf unbestimmte Zeit verschoben; die CAR hielt unter diesen Voraussetzungen und angesichts der immer noch nicht erfüllten Minimalbedingungen für die Durchführung freier Wahlen (Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Gleichheit der Startchancen und Sicherheitsbedingungen) an ihrem Boykott der Parlamentsarbeit fest.

Politische Verfolgung, d.h. staatlich sanktionierter Terror, willkürliche Inhaftierung, Unterdrückung der Pressefreiheit, Folter und Mord gingen auch unter der neuen Regierung Kodjo das ganze Jahr über weiter. Togo war trotz seiner demokratischen Verfassung vom 14.10.92 noch weit von der Verwirklichung rechtsstaatlicher Verhältnisse entfernt. Zwar war es wegen mangelnder Kooperation

staatlicher Stellen schwierig, politische Verfolgung nachzuweisen, es war jedoch unabweisbar, daß die meisten Menschenrechtsverletzungen im Interesse des Eyadéma-Regimes begangen wurden, und daß eine Verfolgung der Schuldigen so gut wie immer ausblieb. Eine Ausnahme von dieser Regel stellte der Fall des Kommandeurs der Präsidiargarde, Lt. Colonel Djoua, dar: Djoua war von einem seiner Untergebenen, Sergeant Pouli, beschuldigt worden, die Ermordung des im Exil in Abidjan lebenden togoischen Rechtsanwaltes Laurent Kokou Agbemavo in Lomé am 16.6. befohlen zu haben. Pouli war nach Recherchen der ghanischen Interpol kurz nach dem Mord in Accra festgenommen und verhört worden, wobei er nicht nur die Ermordung Agbemavos zugab, sondern auch Interna des togoischen Sicherheitsdienstes ausplauderte. Weil somit die Verwicklung höchster Kreise des Eyadéma-Regimes in politische Morde international offenkundig wurde, blieb Eyadéma kaum etwas anderes übrig, als Djoua Ende Oktober verhaften zu lassen. In Togo kursierende Gerüchte, Djoua habe ein paralleles Netz militärischer Einheiten geschaffen, die sich nur ihm und keinem anderen loyal verbunden fühlten, mögen mit zu dieser Verhaftung beigetragen haben; in der Folge wurden weitere führende Militärs der schnellen Eingreiftruppe Djouas (FIR) inhaftiert.

Die andauernden Menschenrechtsverletzungen wurden nicht nur von der Opposition im In- und Ausland angeprangert, sondern auch von der Menschenrechtskommission der UN (8.7.), amnesty international (15.9.) und dem Interparlamentarischen Rat auf dessen 92. Sitzung in Kopenhagen (17.9.) in einzelnen Fällen detailliert belegt und verurteilt. Die nach wie vor prekäre Sicherheitslage war auch der Hauptgrund dafür, daß die togoischen Flüchtlinge im Exil nicht in ihre Heimat zurückkehrten. Laut Statistiken des Flüchtlingswerks der UN (UNHCR) weilten zum Zeitpunkt der Parlamentswahlen noch insgesamt über 300 000 Flüchtlinge im Exil; davon ca. 130 000 in Ghana (100 - 115.000 in der Volta-Region, ca. 15 000 in verschiedenen Lagern (Kliker, Agbozume, Aflao), und ca. 150 000 in Benin; hinzu kamen togoische Flüchtlinge in Europa (zum Jahresende auf ca. 10 000 in Deutschland, ca. 3 000 in Belgien und eine unbekannte Zahl in Frankreich angewachsen). Der größte Teil dieser Flüchtlinge war wegen der prekären Sicherheitsbedingungen auch bis Jahresende nicht nach Togo zurückgekehrt. Daran vermochte auch das am 15.12. erlassene Amnestiegesetz nichts ändern. Die Bedeutung dieses Gesetzes lag in erster Linie in dessen Außenwirkung auf die Gebergemeinschaft, die eine Verbesserung der Menschenrechtslage zur Vorbedingung der Wiederaufnahme der seit 1993 ausgesetzten Entwicklungshilfe gemacht hatte. Die togoische Bevölkerung hatte in den vergangenen Jahren jedoch zu oft erfahren müssen, daß trotz wiederholter Amnestieerlasse der Regierung die politische Verfolgung ungebrochen weiterging.

Neben verschiedenen mehr oder weniger militanten Flüchtlingsorganisationen gab es auch eine radikale politische Opposition im Exil, wie die Front du Comité National de Libération (FCNL) in Ghana, die den bewaffneten Kampf mit dem Eyadéma-Regime auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Nach mehreren Monaten kontroverser Diskussionen gab sich diese Exil-Opposition im Nov. eine "einheitliche" politisch-militärische Struktur, die Organisation des combattants de la liberté (OCL), die von einem fünfköpfigen Rat aus togoischen Exil-Politikern und -Militärs angeführt wurde. Ihre Ziele waren die Abschaffung der Eyadéma-Diktatur und die Schaffung eines Rechtsstaates. Kommandos der bewaffneten Exil-Opposition aus Ghana (Agbozume, Volta-Region) sollen nach Regierungsangaben u.a. für Anschläge auf die Polizeistation von Vogan und auf die Phosphatminen von Kpeme im Oktober verantwortlich gewesen sein.

## *Außenpolitik*

Die Flüchtlings- und Menschenrechtsproblematik überschattete auch die Außenbeziehungen der Regierung. Gleich zu Beginn des Jahres beschuldigte letztere Ghana, bewaffnete Überfälle militanter Exil-Organisationen auf togoische Grenzposten zu unterstützen. Außenminister Ouattara Natchaba erklärte gar am 14.1., ghanaisches Militär habe begonnen, togoische Positionen zu bombardieren. Am 13.1. wurde der ghanaische Chargé d'Affaires in Lomé verhaftet, aber später wieder freigelassen. Der ghanaische Außenminister, Obed Asamoah, wies diese Beschuldigungen entschieden zurück und erklärte - auch angesichts der Angriffe der togoischen Armee auf die ghanaische Grenzstadt Aflao - daß Ghana weitere Aggressionen nicht mehr tatenlos hinnehmen, sondern zurückschlagen werde. Die Grenzprobleme zu Ghana hielten das Jahr über u.a. auch wegen der Flüchtlingsprobleme im Norden an: eine größere Zahl togoischer Flüchtlinge, darunter auch desertierte Soldaten der Chokosi und Bassari-Ethnie, hatten auf der ghanaischen Seite der schon seit 1958 umstrittenen Grenze entlang des Oti-Flusses Zuflucht gesucht; in diesem faktisch von Togo okkupierten Grenzgebiet patrouillierten nun zum ersten Mal seit 1958 ghanaische Grenzsoldaten. Die Fluchtbewegungen der Bassari erhielten dadurch besondere politische Brisanz, weil auch der Stabschef der FAT, General Bassabi Bonfoh, der in den Machtkämpfen innerhalb des Militärs vom 5.1. eine Rolle spielte, ein Bassari war. Andererseits suchten im Laufe des Jahres auch Ghanaer, die vor den ethnischen Unruhen zwischen Konkombas und Nanumbas flüchteten, Zuflucht in der togoischen Grenzregion. Die Beziehungen zu Benin blieben ebenfalls angespannt, da Eyadéma weiterhin in seiner Heimat Lama-Kara dem wegen Putschversuchs gegen die Soglo-Regierung verurteilten Hauptmann Pascal Tawès Zuflucht gewährte; Tawès konnte von dieser sicheren Basis aus unbehelligt seine Destabilisierungsversuche (s. Benin-Artikel) fortführen. In Deutschland erreichte im Lauf des Jahres die Zahl togoischer Asylantragsteller beunruhigende Ausmaße. Togoer standen mit insgesamt 3 488 Asylantragstellern 1994 (Anerkennungsquote ca. 10%) an der Spitze aller in Deutschland Asylsuchenden Schwarzafrikas, deren Gesamtzahl seit der Grundgesetzänderung vom 26.5.93 dagegen um 66% sank. Weil es Anzeichen dafür gab, daß die Flucht von Togoern nach Deutschland mit Unterstützung von Fluchthelfern und korrupten Beamten in Togo massiv gefördert wurde, führte das Bundesinnenministerium auf Empfehlung des Auswärtigen Amtes in einer umstrittenen Entscheidung zum 7.12. einen Visumszwang für Togo und benachbarte Staaten ein. Danach ging im Dez. die Zahl togoischer Asylbewerber in Deutschland um 50% zurück.

Frankreich, dessen parteiische Haltung für Eyadéma seit Beginn des Demokratisierungsprozesses im In- und Ausland auf Kritik stieß, nahm als erster bilateraler Geber die am 11.2.93 ausgesetzte Entwicklungshilfe (in Höhe von FF 260 Mio., plus Schuldenerlaß in Höhe von FF 400 Mio.) und sogar die militärische Zusammenarbeit wieder auf; auch die Weltbank kündigte Anfang Juni die Vergabe neuer Kredite für Togo (\$ 110 Mio.) an. Der Besuch des französischen Ministers für Entwicklungszusammenarbeit, Michel Roussin, in Lomé und Kara am 17./18.9. erregte auch in Frankreich kontroverse Diskussionen, weil sich Roussin nicht zu schade war, die Verleihung des höchsten togoischen Ordens durch Eyadéma in einer feierlichen Zeremonie in Kara mit den Worten zu akzeptieren "Frankreich würde seine Freunde niemals in schwierigen Zeiten im Stich lassen"; Roussin bekannte bei dieser Gelegenheit auch, daß Frankreich - trotz der offiziell eingestellten Entwicklungshilfe - bereits zu Beginn des Jahres der togoischen Regierung mit einer Budgethilfe von F CFA 3,8 Mrd. (\$ 7,27 Mio.) ausgeholfen habe, um damit 75% der ausstehenden Gehälter des Öffentlichen Dienstes (inklusive des Militärs) zu begleichen. Der Sekretär für internationale Beziehungen der Sozialistischen Partei Frankreichs, G. Fuchs, bezeichnete diese Vorgänge - angesichts der zur gleichen Zeit international verurteilten Menschenrechtsverbrechen des Eyadéma-Regimes - als "eine nationale Schande für Frankreich" und forderte den Rücktritt Roussins. Trotzdem nahm Eyadéma als offizieller Gast der franz. Regierung an dem 18. franko-afrikanischen Gipfel in Biarritz Anfang Nov. teil; Eyadéma und

Ministerpräsident Kodjo hatten sich bereits am 17.7. mit einer Zusage togoischer Unterstützung der französischen Militärintervention in Rwanda für die anhaltende französische Hilfe erkenntlich gezeigt. Auch auf anderen Feldern des internationalen Parketts faßte Eyadéma wieder Fuß. Am 31.10. trafen sich in Kara die fünf Staatsoberhäupter des Conseil de l'Entente, der 1959 zur Aufrechterhaltung der Bindungen zwischen den ehemaligen franz. Kolonialstaaten Benin, Burkina, Côte d'Ivoire, Niger und Togo gegründet worden und inzwischen nahezu eingeschlafen war, nach elf jähriger Karenzzeit zum ersten Mal, u.a. um Probleme zwischenstaatlicher Kriminalität (Drogenhandel, Geldfälschung, Auto-Schmuggel, etc.) zu besprechen. Bereits am 4.7. hatte Eyadéma auf einem Treffen der Außenminister Nigerias und Kameruns in Kara eine Vermittlerrolle im Grenzkonflikt zwischen Nigeria und Kamerun (Bakassi-Konflikt) übernommen (s. Länderartikel).

### *Sozio-ökonomische Entwicklung*

Die drei vorangegangenen Jahre politischer Krise hatten auch Wirtschaft und Gesellschaft schweren Schaden zugefügt: Das reale Brutto-Inlandsprodukt sank von FF 9,5 Mrd. 1991 auf voraussichtlich FF 6,5 Mrd. 1994. Die Staatseinnahmen fielen im selben Zeitraum von FF 1,8 Mrd. auf 0,55 Mrd. um fast 70%. Der Abbau von Personal im Öffentlichen Dienst hielt nicht Schritt mit den sinkenden Einnahmen: 1994 mußten 87% des Staatshaushaltes für die Gehälter der Staatsbeamten reserviert werden im Gegensatz zu 40% 1991. Die Ausgaben für Gehälter des Militärpersonals stiegen zwischen 1989 und 1993 um 75% von F CFA 6,1 Mrd auf 10,7 Mrd.

Die Phosphatproduktion ging von 3 Mio. t. (1991) auf 1,4 Mio t. (1993) zurück (Togo steht an 5. Stelle der Weltexporteure); die Einnahmen aus dem Baumwolllexport (80.000 t.; + 50%, 1993/94) dürften somit in der Saison 1994/95 (ca. 120 000 t.) zum ersten Mal die Einnahmen aus der Phosphatproduktion übertreffen. Die hohe Wachstumsrate der Baumwollproduktion ist vor allem auf die Erhöhung der Produzentenpreise für Baumwolle (+85%) infolge der CFA-Abwertung zurückzuführen. Angeheizt durch die Auswirkungen der CFA-Abwertung am 12.1. stieg aber auch die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt auf mindestens 45%. Das Haushaltsdefizit im Staatshaushalt 1994 wuchs auf FF 641 Mio. (13% des BIP) an. Der Entwurf für den Staatshaushalt 1995 wurde am 28.12. verabschiedet; er sah u.a. Ausgabensteigerungen um 24% vor, die vor allem auf den Anstieg der Auslandsschulden (+70%) infolge der CFA-Abwertung zurückzuführen waren.

*Dirk Kohnert*

### **Chronologie Togo 1994**

- 5.-6.1. Angeblicher Putschversuch in den Armee-Kasernen von Lomé
- 6.2. Erste Runde der Parlamentswahlen
- 14.2. Drei Oppositionelle, u.a. ein am 6.2. gewählter Parlamentarier der CAR, entführt und ermordet
- 20.2. Zweite Runde der Parlamentswahlen
- 14.3. Offizielle Verkündung des Wahlsiegs der Oppositionsparteien CAR/UTD
- 31.3. Aufhebung des Ausnahmezustandes in Lomé
- 23.4. Edem Kodjo von Eyadéma zum Premierminister ernannt
- 25.5. Neue Regierung unter Ministerpräsident Kodjo gebildet
- 2.7. Rahmenabkommen mit IMF/Weltbank unterzeichnet
- 8.7. Intern. Menschenrechtskommission der UN in Genf verurteilt togoische Regierung wegen Mißachtung der Menschenrechte

- 15.9./17.9. Interparlamentarischer Rat und amnesty international beschuldigen Regierung und Armee schwerer Menschenrechtsverletzungen
- 17.9. Offizielle Wiederaufnahme der franz. Entwicklungs- und Militärhilfe
- 30.10. Erstes Treffen des Conseil de l'Entente seit elf Jahren in Kara
- 7.11. Opposition kündigt wegen Streit mit Regierung über Nachwahlen Arbeit im Parlament auf
- 10.12. Öffnung der seit einem Jahr geschlossenen Grenze zu Ghana
- 15.12. Amnestie für politisch Verfolgte und die Täter staatlich sanktionierter Menschenrechtsverbrechen